

# Wochenbericht

## München führender Standort der deutschen Medien- und IT-Wirtschaft

*Medien und Informationstechnologie gehören in vielen Regionen zu den wirtschaftspolitischen Schwerpunktfeldern, und auch die Bundesregierung ist auf diesem Gebiet standortpolitisch aktiv – zum Beispiel im Rahmen der nationalen „Informationstechnologie-Gipfel“. Die einzelnen Segmente dieses Wirtschaftsbereichs haben sich in den vergangenen Jahren sehr unterschiedlich entwickelt. In den Medienbranchen ist die sozialversicherungspflichtige Beschäftigung von 1998 bis 2006 spürbar zurückgegangen, in der IT-Wirtschaft ist sie hingegen um fast 30 Prozent gestiegen. In beiden Bereichen haben sich die dienstleistungsorientierten Teilmärkte Erstellung – von Medieninhalten beziehungsweise von IT-Diensten – deutlich günstiger entwickelt als die industriell geprägten Aktivitäten. Die Medien- und IT-Dienstleistungen konzentrieren sich stark auf wenige – von Branche zu Branche unterschiedliche – herausragende Standorte, und dieses Muster verfestigt sich tendenziell weiter. Sowohl in der Produktion von Medieninhalten als auch bei IT-Diensten hat die Region München in den vergangenen acht Jahren ihre führende Stellung in Deutschland behauptet. Die übrigen Medien- und IT-Zentren folgen erst mit erheblichem Abstand.*

Während des Booms der „New Economy“ in der zweiten Hälfte der 90er Jahre waren die Medienwirtschaft und die verschiedenen Zweige der Informationstechnologie (IT-Wirtschaft) in den Mittelpunkt des wirtschaftspolitischen Interesses gerückt. In den Förderungskonzepten vieler Regionen spielten diese Branchen eine zentrale Rolle, auch wenn schon damals gezeigt wurde, dass die Entwicklungspotentiale auf einen relativ kleinen Kreis von Standorten beschränkt waren.<sup>1</sup> Diese Erkenntnis setzte sich indes erst durch, als die „Internetblase“ geplatzt war und die Wachstumsaussichten der Medien- und IT-Wirtschaft allgemein sehr viel nüchterner betrachtet wurden.

Im Folgenden wird die Entwicklung der Medien- und IT-Wirtschaft in Deutschland im Zeitraum 1998 bis 2006 analysiert. Im Zentrum stehen dabei die räumliche Verteilung der Beschäftigung in diesem Bereich sowie die Frage, wie sich die Positionen der führenden Standorte in den einzelnen Teilbranchen entwickelt haben. Die Abgrenzung der Medien- und IT-Wirtschaft folgt weitgehend einem schon früher

Kurt Geppert  
[kgeppert@diw.de](mailto:kgeppert@diw.de)

Marco Mundelius  
[mmundelius@diw.de](mailto:mmundelius@diw.de)

### Inhalt

**München führender Standort  
der deutschen Medien- und  
IT-Wirtschaft**  
Seite **773**

**Nach Bali: Wie sich China und  
die USA für den Klimaschutz  
gewinnen ließen**  
Seite **779**

**Einwanderungspolitik der USA  
stark reformbedürftig**  
Seite **785**

**Zahlenbeilage**

<sup>1</sup> Seufert, W.: Information- und Kommunikationswirtschaft räumlich stark konzentriert. Wochenbericht des DIW Berlin, Nr. 32–33/2000.

### Statistische Abgrenzung der Medien- und IT-Wirtschaft

Medienwirtschaft	WZ-Nummer
Medieninhalte	
Verlage, Nachrichtenbüros, selbständige Journalisten	221, 924
Werbung	744
Film	921
Radio, TV	922
Mediendistribution	
Druckgewerbe	222
Vervielfältigung	223
IT-Wirtschaft	
IT-Dienste	
Softwarehäuser	722
DV-Dienste	721, 723, 724, 725, 726
Telekommunikation	643
IT-Technik	
Herstellung von Datenverarbeitungsgeräten	30
Rundfunk- und Nachrichtentechnik	32

vom DIW Berlin gewählten Konzept.<sup>2</sup> Dabei ist es wichtig, zwischen der Produktion von Medieninhalten und der Mediendistribution sowie zwischen IT-Diensten und der Herstellung von IT-Geräten zu differenzieren, da sich diese Teilbereiche sowohl in der zeitlichen Entwicklung als auch in der räumlichen Verteilung stark voneinander unterscheiden (Kasten).

### Stark differenzierte Entwicklung innerhalb der Medien- und IT-Wirtschaft

Die Beschäftigung in der Medien- und IT-Wirtschaft ist nach dem kräftigen Boom gegen Ende der 90er Jahre relativ stark zurückgegangen. Die Medienwirtschaft hat sich über den gesamten hier betrachteten Zeitraum von 1998 bis 2006 keineswegs günstiger entwickelt als die Wirtschaft insgesamt, ihr Anteil an der Gesamtbeschäftigung war daher im Jahr 2006 mit rund 2 Prozent ebenso hoch wie 1998. Der IT-Sektor ist dagegen deutlich gewachsen. Die Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten nahm in diesem Bereich von 1998 bis 2006 um fast 30 Prozent zu, der Anteil des Sektors an der Gesamtwirtschaft stieg von 2 Prozent auf 2,6 Prozent (Tabelle 1).

<sup>2</sup> Ebd., 527.

Tabelle 1

### Beschäftigte in der deutschen Medien- und IT-Wirtschaft 1998 und 2006

Anteile an der Gesamtwirtschaft in Prozent

	1998	2006
<b>Medienwirtschaft</b>	<b>2,0</b>	<b>2,0</b>
Verlage <sup>1</sup>	0,6	0,6
Werbung	0,3	0,4
Film	0,1	0,1
Radio/TV	0,2	0,2
Druck, Vervielfältigung	0,8	0,7
<b>IT-Wirtschaft</b>	<b>2,0</b>	<b>2,6</b>
Software	0,5	1,0
DV-Dienste	0,3	0,4
Telekommunikation <sup>2</sup>	0,3	0,3
IT-Technik <sup>3</sup>	0,9	0,8
<b>Gesamtwirtschaft in Millionen</b>	<b>27,2</b>	<b>26,4</b>

Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte.

<sup>1</sup> Einschließlich Nachrichtenbüros und Büros selbständiger Journalisten.

<sup>2</sup> Ein erheblicher Teil der Beschäftigten im Bereich Telekommunikation sind Beamte; sie sind in den hier angegebenen Daten nicht enthalten.

<sup>3</sup> Datenverarbeitungsgeräte, Rundfunk- und Nachrichtentechnik.

Quellen: Bundesagentur für Arbeit; Berechnungen des DIW Berlin.

DIW Berlin 2007

Sowohl die Medien- als auch die IT-Wirtschaft sind durch eine anhaltend starke Auseinanderentwicklung von Dienstleistungen auf der einen und industriellen Branchen auf der andere Seite gekennzeichnet. So hat die Beschäftigung in der Produktion von Medieninhalten von 1998 bis 2006 um fast 10 Prozent zugenommen, während sie in der Distribution (Druckindustrie und Vervielfältigungsgewerbe) um rund 21 Prozent zurückgegangen ist (Abbildung 1). Die IT-Dienste wie Softwareentwicklung und Datenbanken expandierten in diesem Zeitraum um 60 Prozent, gleichzeitig schrumpfte die Beschäftigung in der Herstellung von IT-Geräten (IT-Technik) um 9 Prozent. Beim Umsatz, für den Daten bis 2005 verfügbar sind, zeigen sich im Vergleich zwischen den Teilsektoren ähnliche Verlaufsmuster.<sup>3</sup> Eine gesplante Entwicklung zwischen Diensten und industriellen Aktivitäten in der Medien- und IT-Wirtschaft wurde bereits für die 90er Jahre beobachtet.<sup>4</sup> Für die anhaltenden Umsatz- und Beschäftigungsverluste im Druck- und Vervielfältigungsgewerbe dürfte die Konkurrenz von Seiten der elektronischen Medien entscheidend sein. Der Beschäftigungsrückgang in der Herstel-

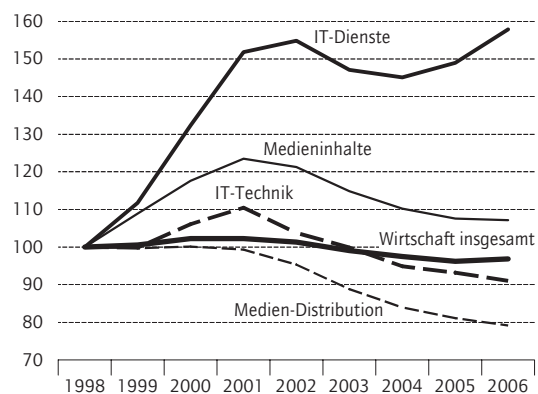
<sup>3</sup> Die Umsatzsteuerstatistik weist für den Zeitraum 1998 bis 2005 für den Bereich Medieninhalte ein Umsatzwachstum von 5,8 Prozent und für das Druck- und Vervielfältigungsgewerbe eine Schrumpfung um 6,4 Prozent aus. Bei IT-Diensten ist der Umsatz um 64 Prozent gestiegen. Für die Herstellung von IT-Elektronik wird sogar ein Zuwachs um 116% ausgewiesen, dies ist aber zu einem großen Teil darauf zurückzuführen, dass im Laufe des Untersuchungszeitraums die Wirtschaftszweigzuordnung eines Großunternehmens geändert wurde. Tatsächlich dürfte der Umsatz bei IT-Elektronik wesentlich schwächer gestiegen sein als im Bereich der IT-Dienste.

<sup>4</sup> Seufert, W., a. a. O., 528.

Abbildung 1

### Sozialversicherungspflichtige Beschäftigung in der Medien- und IT-Wirtschaft 1998–2006

Index 1998 = 100



Quellen: Bundesagentur für Arbeit;  
Berechnungen des DIW Berlin.

DIW Berlin 2007

lung von IT-Elektronik resultiert nicht zuletzt aus einer Verschärfung des internationalen Wettbewerbs. Als Folge davon wurde die Arbeitsproduktivität in dieser Branche wesentlich stärker gesteigert als im Durchschnitt der deutschen Industrie.<sup>5</sup>

Die Daten zu sozialversicherungspflichtig Beschäftigten bilden die Entwicklung der Gesamtbeschäftigung in der Medien- und IT-Wirtschaft insofern unvollständig ab, als Selbständige (wie auch geringfügig Beschäftigte und Beamte) von dieser Statistik nicht erfasst werden. Informationen über die selbständige Beschäftigung, d. h. über Personen, die entweder ein eigenes Unternehmen führen oder als freie Mitarbeiter für andere Unternehmen arbeiten, können jedoch aus der Zahl der umsatzsteuerpflichtigen Unternehmen abgeleitet werden. Dabei wird unterstellt, dass jedes Unternehmen von einem Selbständigen geleitet wird.<sup>6</sup> Während sich in der IT-Wirtschaft die selbständige und die sozialversicherungspflichtige Beschäftigung weitgehend parallel entwickelt haben, ist der Anteil der Selbständigen in der Medienwirtschaft deutlich gestiegen. Maßgeblich dafür ist die starke Erhöhung der Zahl selbständiger Journalisten. Dies dürfte auch Resultat der Verlagerung von Aufgaben von fest angestellten zu freien Mitarbeitern sein. Eine

solche Tendenz war in den vergangenen Jahren sowohl bei Print- als auch bei elektronischen Medien, vor allem beim öffentlich-rechtlichen Rundfunk, zu beobachten.

### Medien- und IT-Wirtschaft auf Ballungsräume konzentriert

Die spezifischen Produktionsweisen in weiten Teilen der Medien- und IT-Wirtschaft – projektorientiertes und kreatives Arbeiten, kooperative Produktion in (hierarchischen) Netzwerken, hohe Bedeutung von Wissen, Lernen und Innovation – haben dazu geführt, dass sich viele Unternehmen dieses Wirtschaftsbereichs in urbanen Standorten angesiedelt haben und dass dabei in einzelnen Regionen ausgeprägte Branchencluster entstanden sind.<sup>7</sup> Dieses räumliche Muster hat sich in dem hier betrachteten Zeitraum eher noch gefestigt. Der Anteil der großen Ballungsgebiete an der Gesamtbeschäftigung in Deutschland lag in den Jahren von 1998 bis 2006 konstant bei rund 47 Prozent, an der Beschäftigung in der Medien- und IT-Wirtschaft haben sie dagegen einen Anteil von mehr als 60 Prozent.<sup>8</sup>

Ebenso wie bei der Entwicklung im Zeitverlauf gibt es bei der räumlichen Verteilung der Medien- und IT-Wirtschaft große Unterschiede zwischen den dienstleistungsorientierten und den industriellen Teilbranchen. Die Dienstleistungen (Produktion von Medieninhalten und IT-Dienste) sind stark auf die Ballungsgebiete konzentriert. Der Anteil dieser Regionen ist in den 80er und 90er Jahren deutlich gestiegen, seither bleibt er stabil bei rund zwei Dritteln (Abbildung 2).<sup>9</sup> Für die industriellen Teilbranchen der Medien- und IT-Wirtschaft spielen dagegen Vorteile der Ballung offenbar kaum noch eine Rolle, so dass die Arbeitsplätze zunehmend in weniger dicht besiedelte und damit kostengünstigere Regionen verlagert werden. Die Ballungsgebiete haben in diesen Bereichen nur noch Anteile an der Beschäftigung von weniger als 50 Prozent – kaum mehr als in der Wirtschaft insgesamt.

<sup>7</sup> Pratt, A. C.: New media, the new economy and new spaces. *Geoforum* 31 (2000), 425–436; Seufert, W., Beck, K.: Medienwirtschaft in Mecklenburg-Vorpommern. Landesrundfunkzentrale Mecklenburg-Vorpommern, 2006, 24 ff.

<sup>8</sup> Als Ballungsräume werden hier – in Anlehnung an das Konzept des Bundesamtes für Bauwesen und Raumordnung – Raumordnungsregionen bzw. Analyseregionen mit Städten von mehr als 300 000 Einwohnern betrachtet. Danach gibt es in Deutschland 18 Ballungsräume (große Städte einschließlich ihres sozio-ökonomischen Hinterlandes): Hamburg, Bremen, Hannover, Berlin, Bielefeld, Dortmund, Duisburg/Essen, Düsseldorf, Bochum, Köln, Bonn, Frankfurt/Main, Mannheim, Stuttgart, Nürnberg, München, Leipzig, Dresden.

<sup>9</sup> Zur räumlichen Entwicklung der Medien- und IT-Wirtschaft in den 80er und 90er Jahren vgl. Seufert, W., a. a. O.; sowie Frank, B., Mundelius, M., Naumann, M.: Eine neue Geographie der IT- und Medienwirtschaft? Wochenbericht des DIW Berlin, Nr. 30/2004; und Frank, B., Mundelius, M.: Kreativbranchen in Berlin. Wochenbericht des DIW Berlin, Nr. 44/2005.

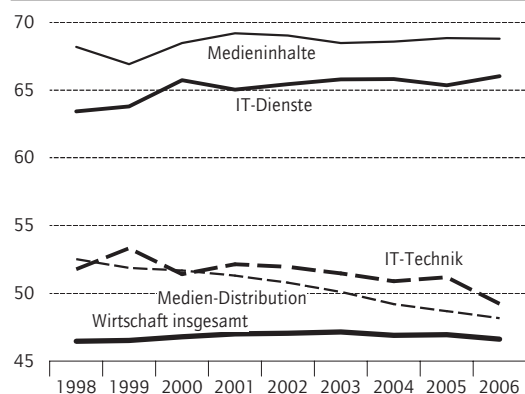
<sup>5</sup> Von 1998 bis 2004 stieg die nominale Bruttowertschöpfung je Erwerbstätigen in der Herstellung von IT-Elektronik um fast 50 Prozent, im verarbeitenden Gewerbe insgesamt waren es nur 17 Prozent, vgl. Statistisches Bundesamt, Fachserie 18, Reihe 1.4, Ausgaben 2003 und 2006.

<sup>6</sup> Personen, die mit einer selbständigen Tätigkeit nur ein sehr geringes Einkommen erzielen, werden dabei automatisch nicht berücksichtigt, denn umsatzsteuerpflichtig sind nur Unternehmen mit einem Jahresumsatz von mindestens 17 500 Euro.

Abbildung 2

### Anteile der Ballungsräumen<sup>1</sup> an der Beschäftigung in der Medien- und IT-Wirtschaft 1998–2006

In Prozent



<sup>1</sup> Raumordnungsregionen bzw. Analyseregionen mit Städten von mehr als 300 000 Einwohnern: Hamburg, Bremen, Hannover, Berlin, Bielefeld, Dortmund, Duisburg/Essen, Düsseldorf, Bochum, Köln, Bonn, Frankfurt a. M., Mannheim, Stuttgart, Nürnberg, München, Leipzig, Dresden.

Quellen: Bundesagentur für Arbeit;  
Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung;  
Berechnungen des DIW Berlin.

DIW Berlin 2007

### Region München behauptet führende Stellung

Die räumliche Konzentration der dienstleistungsbezogenen Teilbereiche der Medien- und IT-Wirtschaft (Medieninhalte und IT-Dienste) wird mit dem Anteil der 18 Ballungsgebiete nur sehr grob beschrieben, denn innerhalb dieser Gruppe von Regionen ist die Verteilung ebenfalls sehr ungleich. Die fünf bedeutendsten Standorte vereinen 60 Prozent der Beschäftigten aller Ballungsräume in der Produktion von Medieninhalten auf sich; das entspricht einem Anteil von mehr als 40 Prozent an der Beschäftigung in Deutschland insgesamt in diesem Teilbereich (Tabelle 2).<sup>10</sup> Die Rangfolge unter den fünf führenden deutschen Medienstandorten hat sich von 1998 bis 2006 kaum geändert. An der Spitze steht nach wie vor die Region München mit einem Anteil von 11,4 Prozent an der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung in der Produktion von Medieninhalten in Deutschland. Hamburg und Berlin folgen mit Anteilen um 9 Prozent, und die Regionen Köln und Frankfurt am Main liegen zwischen 6 und 7 Prozent. München und vor allem Berlin haben ihre Anteilswerte von 1998 bis 2006 deutlich erhöhen können, während die drei anderen Regionen etwas an Boden verloren.

<sup>10</sup> In die Berechnung dieser Anteilswerte ist die Region Mainz eingeschlossen. Sie ist zwar nach der hier gewählten Abgrenzung kein Ballungsraum, gehört aber im Bereich Radio/TV zu den fünf führenden Standorten in Deutschland.

Besonders stark ist die räumliche Konzentration bei den elektronischen Medien ausgeprägt, und hier sind auch die Unterschiede innerhalb der Gruppe der führenden Standorte am größten. Rund 42 Prozent der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten in der deutschen Filmwirtschaft sind in den Regionen Berlin und München tätig. Im Laufe der vergangenen acht Jahre hat Berlin – zumindest bei der Beschäftigung – München vom ersten Platz in der Hierarchie der deutschen Filmstandorte verdrängt. Im Bereich Radio/TV entfallen gut 30 Prozent der Beschäftigten auf die Regionen München und Köln. Auch hier haben die beiden führenden Standorte ihre Positionen getauscht. München hat seinen Anteil von 12 auf

Tabelle 2

### Die fünf führenden Regionen in der Produktion von Medieninhalten

Rangfolge und Beschäftigtenanteile<sup>1</sup> an Deutschland insgesamt

	Rangfolge		Anteile in Prozent	
	2006	1998	2006	1998
<b>Verlage</b>				
München	1	2	10,2	9,4
Hamburg	2	1	9,4	9,5
Berlin	3	5	6,9	5,8
Frankfurt/Main	4	4	6,0	5,9
Stuttgart	5	3	5,8	6,3
Zusammen			38,4	36,9
<b>Werbung</b>				
Hamburg	1	2	10,7	11,2
Düsseldorf	2	3	8,5	9,7
Frankfurt/Main	3	1	8,4	11,7
München	4	4	7,3	6,5
Berlin	5	6	6,9	5,3
Zusammen			41,8	44,3
<b>Film</b>				
Berlin	1	2	22,3	17,9
München	2	1	19,5	26,1
Köln	3	3	14,6	10,1
Hamburg	4	4	9,6	9,1
Leipzig	5	14	2,8	0,9
Zusammen			68,8	64,2
<b>Radio, TV</b>				
München	1	2	16,3	12,0
Köln	2	1	14,0	19,4
Mainz	3	3	10,5	11,3
Berlin	4	5	9,8	10,2
Hamburg	5	4	8,8	10,6
Zusammen			59,4	63,4
<b>Medieninhalte insgesamt</b>				
München	1	1	11,4	10,4
Hamburg	2	2	9,7	10,0
Berlin	3	3	8,9	7,4
Köln	4	5	6,7	6,7
Frankfurt/Main	5	4	6,1	6,9
Zusammen			42,8	41,5

<sup>1</sup> Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte.

Quellen: Bundesagentur für Arbeit;  
Berechnungen des DIW Berlin.

DIW Berlin 2007

Tabelle 3

### Die fünf führenden Regionen im Bereich IT-Dienste

Beschäftigtenanteile<sup>1</sup> an Deutschland insgesamt

	Rangfolge		In Prozent	
	2006	1998	2006	1998
<b>Software</b>				
München	1	1	10,7	14,1
Stuttgart	2	2	6,9	6,5
Frankfurt/Main	3	3	6,6	6,5
Mannheim	4	4	6,5	6,4
Berlin	5	5	6,1	5,6
Zusammen			36,9	39,2
<b>DV-Dienste</b>				
München	1	1	13,5	11,3
Hamburg	2	5	6,8	5,4
Stuttgart	3	2	6,1	8,9
Düsseldorf	4	8	5,4	3,9
Frankfurt/Main	5	3	5,2	6,1
Zusammen			37,0	35,6
<b>Telekommunikation</b>				
Berlin	1	1	10,4	11,9
Frankfurt/Main	2	5	7,9	3,7
Hamburg	3	2	5,4	4,8
Köln	4	7	.	.
Bonn	5	.	.	.
Zusammen			33,5	24,3
<b>IT-Dienste insgesamt</b>				
München	1	1	10,3	11,0
Berlin	2	2	6,6	7,0
Frankfurt/Main	3	4	6,5	5,7
Stuttgart	4	3	6,2	6,2
Hamburg	5	5	5,6	5,4
Zusammen			35,2	35,3

<sup>1</sup> Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte.Quellen: Bundesagentur für Arbeit;  
Berechnungen des DIW Berlin.

DIW Berlin 2007

mehr als 16 Prozent erhöht, während derjenige von Köln deutlich zurückging.<sup>11</sup>

Auch bei IT-Diensten nimmt die Region München unter den fünf bedeutendsten Standorten in Deutschland mit deutlichem Abstand die führende Position ein. Jeder zehnte Beschäftigte in diesem Bereich war im Jahr 2005 in München und Umgebung tätig. Die anderen vier Regionen wiesen Anteile um 6 Prozent auf (Tabelle 3). Die Stärke der Region München auf dem Gebiet der IT-Dienste ist Resultat ihrer herausragenden Position in der Software-Entwicklung und

bei Dienstleistungen im Zusammenhang mit Datenverarbeitung. Im Teilmarkt Telekommunikation spielt München dagegen keine große Rolle. An der Spitze liegt hier die Region Berlin, auch wenn ihr Beschäftigungsanteil seit 1998 deutlich zurückgegangen ist. Generell ist in der Telekommunikation ein Prozess räumlicher Konzentration zu beobachten. Der Anteil der fünf bedeutendsten Standorte an der gesamten sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung stieg im Laufe der vergangenen acht Jahre von 24,3 auf 33,5 Prozent.<sup>12</sup>

### Fazit

Medien und Informationstechnologie gehören in vielen Regionen zu den wirtschaftspolitischen Schwerpunktfeldern, und auch die Bundesregierung ist auf diesem Gebiet standortpolitisch aktiv – zum Beispiel im Rahmen der nationalen „Informationstechnologie-Gipfel“. Die einzelnen Segmente dieses Wirtschaftsbereichs haben sich indes in den vergangenen Jahren sehr unterschiedlich entwickelt. In den Medienbranchen ist die sozialversicherungspflichtige Beschäftigung von 1998 bis 2006 mit 4,5 Prozent noch etwas stärker zurückgegangen als in der Wirtschaft insgesamt, in der IT-Wirtschaft ist sie dagegen um fast 30 Prozent gestiegen. In beiden Teilbereichen verzeichneten die industriell geprägten Branchen (Druckindustrie, elektronische Bauelemente, Nachrichtentechnik) starke Beschäftigungsverluste, während die Dienstleistungen (Erstellung von Medieninhalten, IT-Dienste) deutlich expandierten. Diese Aktivitäten profitieren offenbar stark von den spezifischen Qualitäten urbaner Standorte. Sie konzentrieren sich daher auf die Ballungsgebiete im Allgemeinen und hier wiederum auf wenige – von Branche zu Branche unterschiedliche – herausragende Standorte. Sowohl in der Produktion von Medieninhalten als auch bei IT-Diensten hat die Region München in den vergangenen acht Jahren ihre führende Stellung in Deutschland behauptet. Die übrigen Medien- und IT-Zentren folgen erst mit erheblichem Abstand. Unter ihnen hat es keine großen Positionsverschiebungen gegeben. Eine Ausnahme ist die Region Berlin, die ihren Beschäftigtenanteil in der Produktion von Medieninhalten deutlich erhöht hat.

JEL Classification:  
L82, L86, R30

**Keywords:**  
Media industries,  
Firm location,  
Agglomeration

<sup>11</sup> Am Beispiel der Region Köln wird deutlich, dass es zwischen den Teilmärkten Film und TV Überlappungen gibt. Die Anteilsverluste der Region im Bereich TV und die – ebenfalls deutlichen – Anteilsgewinne im Bereich Film dürften auch aus organisatorischen und statistischen Veränderungen auf dem eng verflochtenen Markt für Video- und Filmproduktionen resultieren.

<sup>12</sup> Zum Teil ist die ausgewiesene Zunahme der räumlichen Konzentration im Bereich Telekommunikation Reflex veränderter statistischer Erfassung und regionaler Zuordnung. Darauf deuten die Daten für die Region Bonn hin, die hier aus Geheimhaltungsgründen nicht dargestellt werden können.





# Nach Bali: Wie sich China und die USA für den Klimaschutz gewinnen ließen

*Die Klima-Konferenz in Bali ist zu Ende, der Weg zu einem neuen internationalen Klimaabkommen aber alles andere als klar. Doch schon heute steht fest: Die massive Absenkung der weltweiten Treibhausgasemissionen wird sich durch strikte Vorgaben allein wohl kaum erreichen lassen – dazu sind die politischen Widerstände in Ländern wie den USA oder China zu groß. Noch sind die Fronten verhärtet: Die USA fürchten für den Fall rigider absoluter Emissionsgrenzen starke ökonomische Einbußen. China will einem Klimaabkommen allenfalls dann beitreten, wenn sich zuvor die USA zu einem solchen Schritt bereitfinden, und energieexportierende Länder befürchten Einnahmeausfälle durch Klimaschutzaktivitäten der Industrienationen. Ein weltweiter Emissionsrechtehandel, der die Emissionsrechte nach Pro-Kopf-Emissionen zuteilt und auf drei Tonnen pro Kopf festlegt, erscheint zwar kosteneffizient, ist jedoch vermutlich politisch nicht durchsetzbar. Ein „Post-Kyoto“-Abkommen, das alle großen Emissionsländer – auch die USA und China – einschließt, lässt sich wohl nur erreichen, wenn neben festen Vorgaben zur Reduktion der Emissionen auch flexible Ziele vorgesehen werden. Dabei können der Energieverbrauch oder die Emissionen auf die Wirtschaftsleistung des jeweiligen Landes bezogen werden, und die Zielgrößen könnten im Zeitablauf variabel gestaltet werden.*

Claudia Kemfert  
ckemfert@diw.de

## Das Ziel: Drei Tonnen CO<sub>2</sub>-Emissionen pro Kopf

Die Emissionen von Treibhausgasen und damit die Treibhausgaskonzentrationen sind in den vergangenen Jahrzehnten kontinuierlich gestiegen.<sup>1</sup> Das Intergovernmental Panel of Climate Change (IPCC) hat in seinem jüngsten Bericht nochmals bekräftigt, dass globale Kohlendioxidkonzentrationen von über 450 parts per million (ppm) – und damit eine Temperaturänderung von mehr als zwei Grad Celsius bis 2100 – eine gefährliche Beeinflussung des Klimas durch den Menschen bedeuten würde.<sup>2</sup> Die heutige Kohlendioxidkonzentration in der Atmosphäre liegt bereits bei knapp 400 ppm.<sup>3</sup> Weltweit sind die CO<sub>2</sub>-Emissionen in den vergangenen Jahren wieder kontinuierlich gestiegen, nachdem sie in den 90er Jahren infolge des wirtschaftlichen Einbruchs in vielen osteuropäischen Ländern und Russland deutlich gesunken waren (Tabelle 1). Hauptverursacher von Treibhausgasemissionen sind heute Industrie-

<sup>1</sup> UNFCCC (2007): GHG Emissions Data- Time Series Data 2007; [http://unfccc.int/ghg\\_emissions\\_data/ghg\\_data\\_from\\_unfccc/time\\_series\\_annex\\_i/items/3814.php](http://unfccc.int/ghg_emissions_data/ghg_data_from_unfccc/time_series_annex_i/items/3814.php); zugegriffen am 11.12.2007

<sup>2</sup> Intergovernmental Panel on Climate Change (2007): Synthesis Report, Cambridge 2007.

<sup>3</sup> Ebenda.

staaten mit hohem Pro-Kopf-Energieverbrauch wie die USA, Europa und Japan (Tabelle 2). Inzwischen hat das energieintensive Wachstum Chinas dazu geführt, dass dieses Land den zweiten Platz bei den weltweiten CO<sub>2</sub>-Emissionen einnimmt; vermutlich wird es die USA in einigen Jahren überholen. Die Pro-Kopf-Emissionen sind allerdings in China, wie in anderen Schwellenländern, noch vergleichsweise niedrig (Abbildung 1). Der Klimawandel und seine enormen Folgen<sup>4</sup> können nur verhindert werden,

wenn die globale Temperatur um nicht mehr als zwei Grad Celsius bis zum Jahr 2100 steigt. Dazu dürfen die Pro-Kopf-Emissionen den Berechnungen des IPCC zufolge drei Tonnen nicht überschreiten.<sup>5</sup> Alle Industrienationen liegen weit über diesem Ziel. Die USA emittieren nahezu 20 Tonnen pro Kopf, Europa zehn und selbst China weist mit fast acht Tonnen schon sehr hohe Emissionen auf. Nur Entwicklungs- und Schwellenländer wie Indien,

<sup>4</sup> Vgl. Kemfert, C.: Die ökonomischen Kosten des Klimawandels. Wochenbericht des DIW Berlin, Nr. 42/2004; Kemfert, C.: Weltweiter

Klimaschutz spart hohe Kosten. Wochenbericht des DIW Berlin, Nr. 12–13/2005; Kemfert, C.: Klimaschutz kostet die deutsche Volkswirtschaft Milliarden. Wochenbericht des DIW Berlin, Nr. 11-2007. <sup>5</sup> UNFCCC, a. a. O.

Tabelle 1

### Treibhausgasemissionen in Millionen t CO<sub>2</sub>-Äquivalente

	Basisjahr 1990	1991	1992	1993	1994	1995	1996	1997	1998	1999	2000	2001	2002	2003	2004	2005	Veränderung 1990– 2005 (%)
Australien	418	419	424	428	431	445	450	462	476	485	498	509	511	515	524	525	25,6
Belgien	146	149	147	146	151	152	156	148	153	147	148	147	145	148	148	144	–1,3
Bulgarien	133	95	85	86	83	87	85	82	73	68	67	67	64	70	69	70	–47,2
China <sup>1</sup>	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	108,0
Dänemark	70	81	75	77	80	77	91	81	77	74	70	71	70	76	70	65	–7,0
Deutschland	1 228	1 180	1 130	1 116	1 098	1 096	1 115	1 078	1 052	1 021	1 020	1 037	1 018	1 031	1 025	1 001	–18,4
England	771	778	754	733	720	710	731	708	703	672	674	677	657	663	660	657	–14,8
Estland	43	40	30	24	25	22	23	23	21	19	19	20	19	21	21	21	–50,9
Europäische Gemeinschaft	4 258	4 270	4 181	4 112	4 108	4 149	4 233	4 169	4 185	4 123	4 135	4 181	4 155	4 223	4 228	4 193	–1,5
Finnland	71	69	67	69	75	72	77	76	72	72	70	75	77	85	81	69	–2,5
Frankreich	567	590	583	558	554	563	579	572	586	569	564	566	558	561	561	558	–1,6
Griechenland	109	108	109	109	112	113	117	122	127	127	132	133	133	137	138	138	26,6
Indien <sup>1</sup>	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	87,0
Irland	55	56	56	57	58	59	61	63	66	67	69	71	69	69	69	70	26,3
Italien	517	518	516	511	503	530	523	529	540	546	552	558	558	573	578	580	12,1
Japan	1 272	1 287	1 301	1 295	1 366	1 344	1 358	1 351	1 308	1 329	1 348	1 322	1 355	1 360	1 357	1 360	6,9
Kanada	596	589	607	608	628	646	664	677	683	695	721	714	720	745	747	747	25,3
Kroatien	32	25	23	23	22	23	23	25	25	26	26	27	28	30	30	30	–3,4
Lettland	26	24	20	16	14	12	13	12	11	11	10	11	11	11	11	11	–58,9
Litauen	49	51	31	24	23	22	23	23	24	21	19	20	21	21	22	23	–54,1
Luxemburg	13	13	13	13	12	10	10	9	8	9	10	10	11	11	13	13	0,4
Neuseeland	62	62	64	64	64	64	66	68	67	69	70	73	74	76	75	77	24,7
Niederlande	213	218	217	222	222	225	233	226	228	215	214	216	216	217	218	212	–0,4
Norwegen	50	48	46	48	50	50	53	53	53	54	54	55	54	54	55	54	8,8
Österreich	79	83	76	76	77	80	84	83	83	81	81	85	87	93	91	93	18,0
Polen	587	470	457	439	451	453	474	462	433	419	405	402	387	402	397	399	–32,0
Portugal	60	62	66	65	67	71	69	72	77	85	82	83	88	83	85	86	42,8
Rumänien	282	196	186	184	179	187	193	173	154	136	139	143	151	158	160	154	–45,6
Russland	2 990	749	2 537	2 401	2 124	2 092	2 041	1 922	1 899	1 925	1 987	2 003	1 996	2 063	2 086	2 133	–28,7
Schweden	72	73	72	72	75	74	77	73	73	70	68	69	70	71	70	67	–7,3
Schweiz	53	54	54	51	51	51	52	51	52	52	52	53	52	53	53	54	1,7
Slowakei	72	62	57	53	51	53	53	53	52	50	47	51	49	49	49	48	–33,6
Slowenien	20	17	17	18	18	19	19	20	19	19	19	20	20	20	20	20	0,4
Spanien	287	294	301	290	306	318	311	332	342	370	384	385	402	409	425	441	53,3
Tschechien	196	183	166	160	154	154	161	154	150	142	149	149	144	148	147	146	–25,8
Türkei	170	182	194	204	200	221	242	256	257	257	280	262	271	286	297	297	74,4
Ukraine	924	811	714	643	578	523	474	453	411	408	395	394	400	415	413	419	–54,7
Ungarn	116	90	81	81	81	79	81	79	79	79	77	79	77	80	79	80	–30,7
USA	6 229	6 177	6 276	6 435	6 505	6 561	6 813	6 845	6 909	6 914	7 126	7 015	7 047	7 089	7 190	7 241	16,3
Weißrussland	127	120	111	97	81	73	75	78	75	72	70	68	68	70	74	76	–40,6
<b>Summe</b>	<b>22 964</b>	<b>20 293</b>	<b>21 844</b>	<b>21 608</b>	<b>21 396</b>	<b>21 480</b>	<b>21 905</b>	<b>21 661</b>	<b>21 603</b>	<b>21 497</b>	<b>21 849</b>	<b>21 821</b>	<b>21 832</b>	<b>22 183</b>	<b>22 335</b>	<b>22 371</b>	<b>–2,6</b>

<sup>1</sup> Nur CO<sub>2</sub>-Emissionen.

Quelle: UNFCCC (2007); Berechnungen des DIW Berlin.

DIW Berlin 2007



Tabelle 2

**Energieverbrauch pro Kopf**

In Gigajoule

	1990	1991	1992	1993	1994	1995	1996	1997	1998	1999	2000	2001	2002	2003	2004	2005	Veränderung 1990–2005 (%)
Deutschland	187,9	182,8	178,2	175,3	174,2	175,5	180,9	179,2	178,2	174,3	175,0	179,8	175,3	176,2	176,7	175,0	-6,9
Frankreich	164,0	172,4	168,8	171,0	164,1	170,1	178,9	173,1	178,1	177,4	178,2	182,8	181,5	183,4	184,7	184,3	12,4
Großbritannien	155,2	159,4	158,8	160,2	161,0	161,2	167,8	163,1	164,9	165,2	166,3	166,1	161,4	163,3	163,4	162,6	4,8
Italien	109,2	112,0	111,2	110,6	109,2	118,6	118,3	119,9	123,3	124,9	127,3	127,5	127,2	131,3	131,6	132,5	21,3
Niederlande	187,0	196,0	192,6	193,4	193,6	196,3	203,9	199,1	198,7	195,3	199,5	203,5	204,0	209,0	211,4	210,0	12,3
Spanien	97,7	101,4	103,3	99,1	104,5	109,3	107,6	114,1	119,4	124,5	129,7	131,5	133,4	135,6	139,6	140,1	43,3
USA	322,6	321,0	323,0	325,4	327,9	328,2	332,7	332,2	331,4	336,1	341,9	331,5	332,6	328,3	331,7	330,3	2,4
Japan	150,7	152,0	154,7	155,2	163,2	166,5	170,8	172,4	169,7	171,8	174,1	171,1	170,8	168,9	174,4	173,8	15,3
Russland	204,9	198,3	177,6	165,4	145,4	139,8	136,7	131,0	128,8	131,5	133,2	134,9	135,9	141,8	142,6	144,0	-29,7
China	32,1	31,4	32,1	33,6	34,8	36,7	37,6	37,4	37,1	36,9	37,0	36,7	39,4	44,5	51,4	55,4	72,7
Indien	15,8	16,1	16,4	16,5	16,8	17,4	17,7	18,0	18,1	18,9	18,9	18,9	19,1	19,3	20,2	20,6	30,2
Mittlerer Osten	72,6	76,7	81,1	84,5	89,0	89,4	90,5	89,1	93,7	94,1	96,6	98,2	102,3	103,5	108,5	112,5	54,9
Afrika	26,3	26,6	26,0	26,2	25,9	26,3	26,3	26,3	26,3	26,5	26,5	26,5	26,7	27,5	28,1	28,3	7,8
Südamerika	40,1	39,8	40,6	40,0	42,0	42,4	43,9	44,8	45,7	45,6	45,6	44,9	44,5	44,3	46,1	46,7	16,5

Quelle: BMWI.

DIW Berlin 2007

Brasilien oder Afrika liegen deutlich unter dem „Drei-Tonnen-pro-Kopf“-Ziel.

### Internationale Klimaschutzpolitik im Dilemma

Während Deutschland und die Europäische Union auf bindende Verpflichtungen zum Klimaschutz drängen und selbst bereits zahlreiche Maßnahmen ergriffen haben, verweigern sich andere Länder noch. Die USA haben sich aus unterschiedlichen Gründen geweigert, das Kyoto-Protokoll zu ratifizieren, und Australien hat sich erst nach den Parlamentswahlen im Herbst 2007 zur Ratifikation verpflichtet und diese auch sofort vollzogen. Stark wachsende Volkswirtschaften wie China und Russland befürchten hohe wirtschaftliche Einbußen durch Klimaschutzpolitik. Im Rahmen der anstehenden Klimakonferenzen muss es darum gehen, in erster Linie große Energieverbraucher wie die USA, China und Russland davon zu überzeugen, verbindliche Ziele zur Reduktion von Treibhausgasemissionen festzulegen.

Es ist anzunehmen, dass die USA nach der nächsten Präsidentschaftswahl im Herbst 2008 einem geeigneten internationalen Klimaschutzabkommen beitreten werden. Im Rahmen der APEC-Deklaration haben sie bereits zusammen mit anderen Nationen einem Ziel zur Reduzierung der Energieintensität um 25 Prozent bis 2030 und der Erforschung neuer, CO<sub>2</sub>-freier Energietechniken zugestimmt.<sup>6</sup> Allerdings ist dieses Abkommen rechtlich nicht verbindlich, und

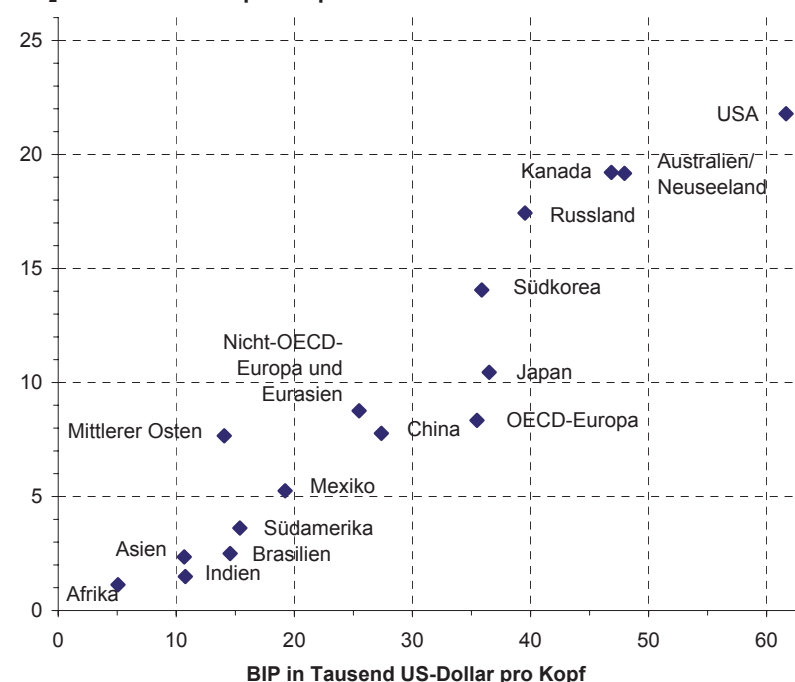
es sieht keine Sanktionen bei Nichterfüllung vor. Australien will sich nach der Unterzeichnung des Kyoto-Protokolls auch im Rahmen eines „Post-Kyoto“-Abkommens für Klimaschutzanstrengungen einsetzen. Russland wird dagegen vermutlich eher eine zurückhaltende Position einnehmen, da seine Wirtschaft und damit auch die Emissionen

Abbildung 1

### CO<sub>2</sub>-Emissionen und BIP pro Kopf

In Prozent

#### CO<sub>2</sub>-Emissionen in t pro Kopf



Quelle: Energy Information Administration (EIA).

DIW Berlin 2007

<sup>6</sup> Die APEC-Nationen (Asia-Pacific Economic Cooperation) sind: Australien, Brunei, Kanada, Chile, China, Indonesien, Japan, Malaysia, Mexiko, Neuseeland, Papua-Neuguinea, Peru, die Philippinen, Russland, Singapur, Südkorea, Taiwan, Thailand, USA und Vietnam.

stark wachsen und das Land – ähnlich den OPEC-Nationen – großes Interesse am Export von Erdöl und Erdgas hat.

Die deutsche Bundeskanzlerin hat vorgeschlagen, einen internationalen Emissionsrechtehandel einzuführen, der die Rechte nach dem Prinzip der Pro-Kopf-Emissionen zuteilt. Damit unterstützt auch die deutsche Regierungschefin explizit das „Drei-Tonnen-pro-Kopf“-Ziel.<sup>7</sup> Somit würden Länder mit

<sup>7</sup> Vgl. [www.bundesregierung.de/nn\\_6538/Content/EN/Artikel/2007/08/2007-08-31-f\\_C3\\_BCnfter-tag-bundeskanzlerin-in-japan\\_en.html](http://www.bundesregierung.de/nn_6538/Content/EN/Artikel/2007/08/2007-08-31-f_C3_BCnfter-tag-bundeskanzlerin-in-japan_en.html); zugegriffen am 11.12.2007.

hohen Emissionen und Minderungskosten wie die USA oder auch Europa von Ländern mit niedrigen Emissionen wie Indien oder Brasilien Emissionsrechte kaufen. Aus theoretischer Sicht ist dieser Weg sicherlich das kosteneffizienteste Verfahren, praktisch werden jedoch viele Länder Vorbehalte haben. Die USA dürften einem solchen Abkommen schon deshalb nicht zustimmen, weil es hohe Kosten für die amerikanische Wirtschaft zur Folge hätte. Außerdem würden durch den Zukauf von Emissionsrechten aus Entwicklungsländern große Finanzströme in diese Länder fließen, die dort eine wachstums- und vermutlich auch emissionssteigernde Wirkung hätten. Gefordert wird deshalb auch, derartige Finanztransaktionen an konkrete Klimaschutzprojekte zu knüpfen, mit denen sichergestellt wird, dass die globalen Emissionen sinken und nicht aufgrund eines solchen „Rebound“-Effekts wieder steigen.

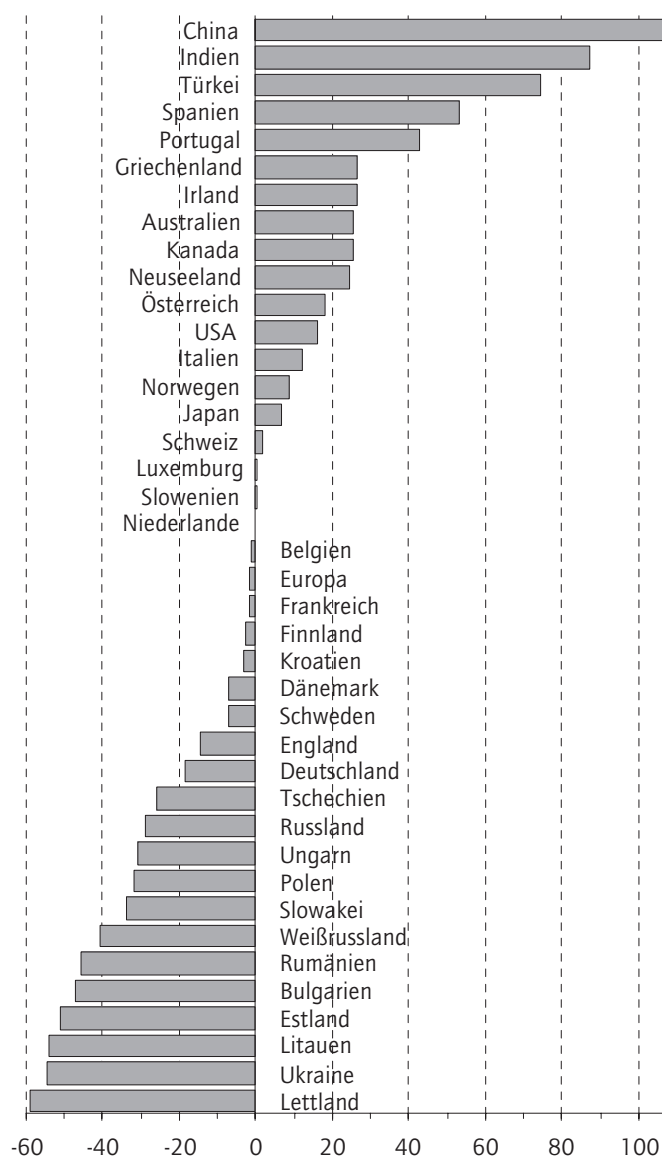
Für ein erfolgreiches „Post-Kyoto“-Abkommen wird es also darauf ankommen, die für den Klimawandel verantwortlichen Staaten durch möglichst viel Flexibilität zur Mitwirkung zu gewinnen. Während für Europa<sup>8</sup>, Australien und Japan konkrete absolute Minderungsziele akzeptabel sind, könnten die USA, die bei festen Zielgrößen starke ökonomische Einbussen befürchten, mittels indexierter Vorgaben (zum Beispiel Emissionen bezogen auf das BIP oder Energieeffizienzziele) eingebunden werden. Derartige flexiblen Ziele könnten zu Beginn der neuen Klimaschutzabkommen für die USA vereinbart werden, um dort Anreize zu setzen, aktiv Klimaschutz zu betreiben, neue Wirtschaftsbereiche aufzubauen und innovative Technologien zu entwickeln und einzusetzen. Somit würden die Industrie und die Energieversorgung des Landes mehr Zeit für die Umstellung des Energiesystems bekommen, und die Wirtschaft würde nicht dadurch geschwächt, dass kurzfristig absolute Emissionsreduktionen erreicht werden müssten. Mittelfristig könnten die neuen Wirtschaftsbereiche dann durchaus positive Entwicklungen für die gesamte amerikanische Volkswirtschaft bewirken. Der Beitritt Chinas zu einem Klimaschutzabkommen wird davon abhängen, ob sich die anderen Nationen mit hohen Emissionen zu verbindlichen Minderungszielen verpflichten.

<sup>8</sup> Europa hat bereits zu Beginn des Jahres 2007 die Schwerpunkte seiner Klima- und Energiepolitik für Europa verdeutlicht, vgl. Europäische Kommission (2007): Eine Energiepolitik für Europa – Wir müssen handeln, Brüssel, 2007; [http://ec.europa.eu/energy/energy\\_policy/doc/2007\\_03\\_02\\_energy\\_leaflet\\_de.pdf](http://ec.europa.eu/energy/energy_policy/doc/2007_03_02_energy_leaflet_de.pdf); zugegriffen am 11.12.2007. Das Bundeskabinett hat am 05.12.2007 ein integriertes Energie- und Klimaprogramm verabschiedet, das zum Ziel hat, die Treibhausgasemissionen in Deutschland um 40 Prozent zu senken.

Abbildung 2

## Treibhausgasemissionen

Veränderung 1990–2005 in Prozent



Anmerkung: Für China und Indien sind nur CO<sub>2</sub>-Emissionen ausgewiesen.

Quelle: UNFCCC (2007).

DIW Berlin 2007

## Fazit

Bis Mitte dieses Jahrhunderts müsste die Emission von Treibhausgasen halbiert werden, wenn deutliche Klimaveränderungen vermieden werden sollen. Das Kyoto-Protokoll läuft 2012 aus, ein Folgeabkommen muss spätestens im Jahr 2009 auf der Klimakonferenz in Kopenhagen ausgearbeitet sein. Ein „Post-Kyoto“-Abkommen, das alle großen Emissionsländer – auch die USA und China – einschließt, wird sich nur erreichen lassen, wenn neben festen Vorgaben zur Reduktion der Emissionen auch flexible Ziele vorgesehen werden. Dabei können der Energieverbrauch oder die Emissionen auf die Wirtschaftsleistung des jeweiligen Landes bezogen werden, und die Zielgrößen könnten im Zeitablauf

variabel gestaltet werden. Der von Bundeskanzlerin Merkel vorgeschlagene weltweite Emissionsrechtehandel auf der Basis von Pro-Kopf-Emissionen wäre zwar volkswirtschaftlich effizient, politisch aber nur schwer durchsetzbar. Dies liegt in erster Linie daran, dass Länder mit hohen Emissionen denjenigen mit niedrigen Emissionen Emissionsrechte abkaufen müssten. Wenn das Ziel, den Ausstoß von Treibhausgasen auf drei Tonnen pro Kopf zu begrenzen, tatsächlich umgesetzt würde, hätte dies erhebliche Finanzauflüsse in Länder mit niedrigen Emissionen zur Folge. Die dadurch ausgelösten Finanzströme müssten an konkrete Klimaschutzprojekte geknüpft werden, da ansonsten die Gefahr bestünde, dass die Emissionen in den Empfängerländern stark steigen.

**JEL Classification:**  
Q 54, Q56, Q 58

**Keywords:**  
International climate  
policy negotiations,  
Emissions trading



# Einwanderungspolitik der USA stark reformbedürftig

*Die internationale Migrationspolitik ist in Bewegung geraten. Die Europäische Kommission will mit der Einführung einer „Bluecard“ die Zuwanderung von qualifizierten Arbeitskräften nach Europa erleichtern. Damit will sie angesichts des sich langfristig noch verstärkenden Fachkräftemangels in den globalen Wettbewerb mit den klassischen Einwanderungsländern USA, Kanada, Australien und Neuseeland eintreten. Die USA diskutieren wiederum seit einigen Jahren, wie sie ihren gestiegenen Bedarf an Fachkräften decken und gleichzeitig die innere Sicherheit bewahren können. In den USA ist die Zahl der illegalen Immigranten in den letzten Jahren stark gewachsen. Zurzeit halten sich 11 bis 12 Millionen Personen ohne offizielle Aufenthaltsgenehmigung in dem Land auf. Auf der anderen Seite ist die Nachfrage von Firmen nach beschäftigungsgebundenen Visa groß. Das entsprechende Kontingent für qualifizierte Arbeitskräfte für das Haushaltsjahr 2007 war bereits im Mai 2006 ausgeschöpft. Diese Entwicklungen verdeutlichen den Reformbedarf in der amerikanischen Immigrationspolitik. Trotz vielfältiger Appelle und Bemühungen konnte keine der verschiedenen Gesetzesinitiativen umgesetzt werden, und aufgrund der Präsidentschaftswahl Ende 2008 ist nun nicht mehr vor 2009 mit Fortschritten auf diesem Gebiet zu rechnen. Dieser Stillstand führt dazu, dass einzelne Bundesstaaten mit Ad-hoc-Lösungen auf ihre jeweilige Situation reagieren. Insgesamt verlieren die USA aber viel Zeit, die möglichen Erträge aus einer Modernisierung ihrer Einwanderungspolitik zu realisieren.*

Amelie Constant\*  
constant@diwdc.org

Arne Uhlendorff\*  
uhlendorff@iza.org

\* Mitarbeiter am DIW DC,  
Washington, D.C.

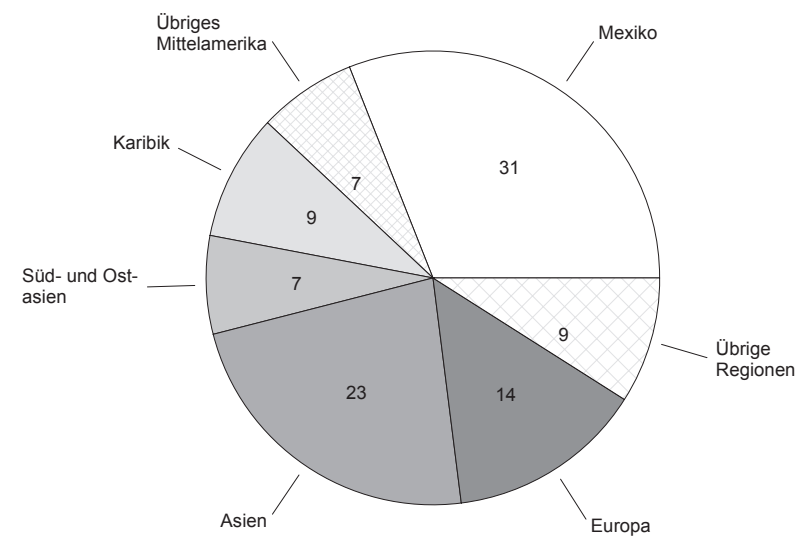
## **Zunahme der Immigration in den letzten Jahren: Mexikaner dominieren**

Die Vereinigten Staaten von Amerika sind seit ihrer Gründung bis zum heutigen Zeitpunkt ein Einwanderungsland. Der Anteil von Immigranten an der Gesamtbevölkerung, definiert als Personen, die nicht in den USA geboren sind, schwankt dabei im Zeitverlauf. Nach jahrzehntelangem Rückgang im 20. Jahrhundert ist seit den 70er Jahren wieder ein stetiger Anstieg zu beobachten. Von den Einwohnern im Jahr 2005 wurden 35,8 Millionen im Ausland geboren; das entsprach 12,4 Prozent der Gesamtbevölkerung. Kamen die Einwanderer in der Vergangenheit zu einem Großteil aus Europa, hat sich die Zusammensetzung der Immigranten im Laufe der vergangenen Jahrzehnte deutlich verändert. 2005 stammten 38 Prozent der Einwanderer aus Mittelamerika, wobei Mexiko mit 31 Prozent den größten Anteil stellt. 23 Prozent der Immigranten stammen aus Süd- und Ostasien, wobei China, die Philippinen und Indien die bedeutendsten Herkunftsländer sind. 14 Prozent der Einwanderer haben europäische Wurzeln,

Abbildung 1

**Immigranten in den USA nach Herkunftsregionen 2005**

Anteile in Prozent



Quelle: Pew Hispanic Center.

DIW Berlin 2007

während 7 Prozent aus Südamerika und 9 Prozent aus der Karibik stammen (Abbildung 1).

Ein erheblicher Teil der in den USA lebenden Zuwanderer hat keine Aufenthaltsgenehmigung und zählt damit zu den illegalen Immigranten.<sup>1</sup> Schätzungen zufolge umfasste diese Gruppe im Jahr 2005 gut 11,1 Millionen Personen, das waren rund 30 Prozent der nicht in den USA geborenen Personen. Weitere 31 Prozent der Immigranten haben die US-amerikanische Staatsbürgerschaft, 28 Prozent verfügen über eine permanente legale Aufenthaltsgenehmigung und 3 Prozent haben eine temporäre Aufenthaltsgenehmigung. Bei etwa 7 Prozent der Immigranten handelt es sich um Flüchtlinge.<sup>2</sup>

Die Zahl der illegalen Immigranten in den USA hat seit Anfang der 90er Jahre stark zugenommen. Knapp 78 Prozent stammen aus Lateinamerika und dabei wiederum dominieren die Mexikaner mit einem Anteil von rund 56 Prozent. Der gemeinsame Anteil von Europäern und Kanadiern fällt mit 6 Prozent dagegen relativ gering aus. Hierbei ist zu beachten, dass viele Personen mit permanenter

legaler Aufenthaltsgenehmigung sich zuvor als illegale Einwanderer in den USA aufhielten, der Aufenthaltsstatus von Immigranten unterliegt also einer Dynamik.<sup>3</sup>

Es ist davon auszugehen, dass die im Vergleich zu den Heimatländern relativ attraktiven Verdienst- und Beschäftigungsmöglichkeiten in den USA einen Großteil der Immigration erklären. So belaufen sich die Reallöhne von in Mexiko geborenen Arbeitern, die kürzlich in die USA ausgewandert sind, je nach Alter und Qualifikation auf das Zwei- bis Sechsfache der Verdienste von in Mexiko verbliebenen Arbeitern.<sup>4</sup> In Übereinstimmung mit anderen Studien zu Migrationsentscheidungen belegen empirische Untersuchungen zudem einen positiven Einfluss der Einkommensdifferenzen zwischen den USA und Mexiko auf die Immigration in die USA.<sup>5</sup> Neben den reinen Einkommensdifferenzen spielen aber auch andere Faktoren für die Migrationsentscheidung eine Rolle. So haben bestehende Netzwerke im Gastland einen positiven Einfluss auf zukünftige Immigration. Ein deutlicher Rückgang der Bereitschaft zur Immigration aus Ländern wie Mexiko ist daher in Zukunft nicht zu erwarten.

### Anteil von gering und hoch qualifizierten Immigranten besonders groß

Unter den Immigranten in den USA haben sowohl gering ausgebildete als auch hoch qualifizierte Personen überproportionale Anteile. Mittlere Qualifikationen sind dagegen unterrepräsentiert. Insgesamt waren im Jahr 2005 15 Prozent aller amerikanischen Beschäftigten Immigranten, bei Personen ohne Highschool-Abschluss hatten sie dagegen einen Anteil von 36 Prozent. Von den Arbeitnehmern mit einer Promotion waren 25 Prozent Immigranten, unter den wissenschaftlich tätigen Promovierten liegt ihr Anteil sogar bei über 40 Prozent.<sup>6</sup>

Wirtschaftlich motivierte Immigration in die USA hat – wie auch im Falle anderer Länder – zum Wirtschaftswachstum beigetragen. Insbesondere gut ausgebildete Immigranten haben einen positiven Einfluss auf die ökonomische Entwicklung.<sup>7</sup> Sie können zudem die Entstehung von Beschäftigungs-

<sup>1</sup> Illegale Immigration ist nicht Bestandteil offizieller Statistiken, was die Abschätzung ihres Umfangs erschwert. Allerdings werden illegale Immigranten in verschiedenen Haushalts-Surveys wie dem U.S. Census of Population and Housing oder dem U.S. Current Population Survey erfasst. Zu methodischen Aspekten siehe Hanson, G. H.: Illegal Migration from Mexico to the United States. *Journal of Economic Literature*, 44, 2006, 869–924.

<sup>2</sup> Die hier präsentierten Zahlen basieren auf Berechnungen des Pew Hispanic Center auf Grundlage des Current Population Surveys. Passel J.: The Size and Characteristics of the Unauthorized Migrant Population in the U.S., 2006, <http://pewhispanic.org/files/reports/61.pdf>

<sup>3</sup> Beispielsweise haben sich 54 Prozent der Mexikaner, die 1996 eine Green Card erhielten, zuvor illegal in den USA aufgehalten. Massey, D. S., Malone, N.: Pathways to Legal Immigration. *Population Research and Policy Review*, 21, 2003, 473–504.

<sup>4</sup> Hanson, G. H., a. a. O.

<sup>5</sup> Ein Beispiel ist Hanson, G. H., Spilimbergo, A.: Illegal Immigration, Border Enforcement and Relative Wages: Evidence from Apprehensions at the U.S.-Mexico Border. *American Economic Review*, 89, 1999, 1337–1357.

<sup>6</sup> Council of Economic Advisers, Economic Report of the President, 2007, [www.whitehouse.gov/cea/2007\\_erp.pdf](http://www.whitehouse.gov/cea/2007_erp.pdf)

<sup>7</sup> Vgl. auch Zimmermann, K. F., Bauer, T., Bonin, H., Fahr, R., Hinte, H.: Arbeitskräftebedarf bei hoher Arbeitslosigkeit. Ein ökonomisches Zuwanderungskonzept für Deutschland. 2002. Springer-Verlag.



möglichkeiten für gering qualifizierte Einheimische fördern und so die Arbeitslosigkeit reduzieren helfen. Zugewanderte Wissenschaftler und Ingenieure tragen unabhängig davon, ob sie mit Arbeitsvisa einreisen oder nach dem Universitätsabschluss im Land bleiben – signifikant zur Entwicklung neuer Produkte und zu wissenschaftlichen Innovationen bei und stärken damit die internationale Wettbewerbsfähigkeit des Landes. Darüber hinaus zahlen hoch qualifizierte Immigranten deutlich mehr in das Steuer- und Transfersystem ein, als sie ihm entziehen.

Aber auch die geringer qualifizierten Immigranten – unter ihnen viele ohne legale Aufenthaltsgenehmigung – sind von großer Bedeutung für die amerikanische Wirtschaft. Gering qualifizierte Immigranten übernehmen typischerweise Arbeiten, die die Einheimischen meiden – zumindest bei dem dafür gebotenen Lohn. Theoretisch lässt sich zeigen, dass auch von gering qualifizierten Immigranten positive Effekte auf die anderen beteiligten Gruppen ausgehen, solange ihr Beitrag komplementär zu dem von Einheimischen ist: Arbeitgeber profitieren aufgrund geringer Löhne, die Konsumenten profitieren aufgrund preisgünstiger Güter und Dienstleistungen, andere Arbeitnehmer aufgrund der gestiegenen Produktion und die Immigranten selbst profitieren aufgrund ihres gestiegenen Einkommens.<sup>8</sup> Ein Beispiel für die Bedeutung auch illegaler gering qualifizierter Immigranten in den USA stellt die Landwirtschaft dar, in der Schätzungen der Farmervereinigung zufolge 70 Prozent der 2,5 Millionen Arbeiter keine Aufenthaltsberechtigung haben.

### Immigrationspolitik ist reformbedürftig ...

Seit 2000 haben jährlich etwa eine Million Ausländer in den USA eine legale Aufenthaltsgenehmigung erhalten. Etwa zwei Drittel der Visa werden aufgrund von Familienzusammenführungen bewilligt. Lediglich 140 000 der permanenten Visa sind Arbeitsvisa, wobei diese Summe die Ehepartner und Kinder der Einwanderer einschließt. Zudem sind nicht alle Arbeitnehmer, die eine permanente Aufenthaltsgenehmigung erhalten, hoch qualifiziert: Bis zu 10 000 Visa werden an gering qualifizierte Arbeiter vergeben.<sup>9</sup>

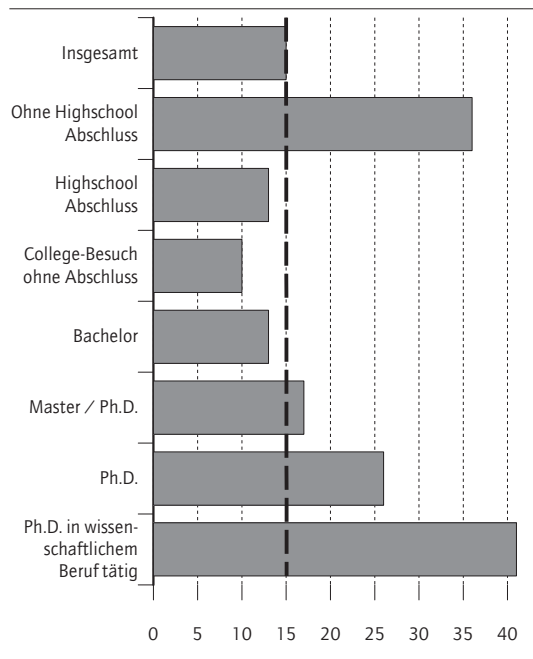
<sup>8</sup> Der Effekt der Immigration der letzten Jahrzehnte auf die Lohnhöhe der Einheimischen in den USA ist in der Literatur umstritten. Borjas (2003) findet beispielsweise einen deutlichen negativen Effekt auf die Lohnhöhe der Einheimischen gleicher Qualifikation, während Card (2005) ein positiveres Bild zeichnet und insgesamt positive und nur geringe negative Effekte auf die Löhne gering Qualifizierter findet. Borjas, G.J.: The Labor Demand Curve is Downward Sloping: Reexamining the Impact of Immigration on the Labor Market. *Quarterly Journal of Economics*, 118, 2003, 1335–1374; Card, D.: Is the New Immigration Really so Bad? *Economic Journal*, 115, 2005, F300–F323.

<sup>9</sup> Kirkegaard, J.F.: The Accelerating Decline in America's High-Skilled Workforce: Implications for Immigration Policy. Peterson Institute for

Abbildung 2

### Immigranten in den USA nach Ausbildung 2005

Anteile an den Arbeitskräften in Prozent



Quelle: Council of Economic Advisors, Economic Report of the President, 2007.

DIW Berlin 2007

Zusätzlich existieren zeitlich begrenzte Aufenthaltsgenehmigungen. Hierbei gibt es verschiedene Typen temporärer, beschäftigungsgebundener Visa, die sowohl unterschiedliche Längen des Aufenthaltes ermöglichen als auch den Aufenthalt für unterschiedliche Arten von Arbeitnehmern regeln. Beispielsweise ist für jedes Haushaltsjahr – vom 1. Oktober bis zum 30. September – ein Kontingent von 65 000 sogenannten H-1B-Visa vorgesehen, die einen Aufenthalt von hoch qualifizierten Fachkräften für bis zu 6 Jahre ermöglichen. Das H-1B-Visum ist das wichtigste Programm für die temporäre Anwerbung von gut ausgebildeten Arbeitskräften.

Die Tatsache, dass das entsprechende Kontingent für hoch qualifizierte Arbeitskräfte für das Haushaltsjahr 2007 bereits im Mai 2006 aufgebraucht war, verdeutlicht, dass die Nachfrage nach gut ausgebildeten Arbeitnehmern in den USA die Zahl entsprechender Aufenthaltsgenehmigungen übersteigt. In Verbindung mit der hohen und weiter steigenden Zahl illegaler Immigranten wird deutlich, dass das bestehende Migrationsgesetz der USA dringend reformiert werden muss.

### **... aber alle bisherigen Reformbemühungen sind gescheitert**

Zahlreiche Experten, Kongressabgeordnete, Senatoren und Gouverneure haben auf eine Reform der Immigrationspolitik hingewirkt, aber keine der verschiedenen Initiativen führte zum Erfolg. Die derzeitige Regierung ist mit dem Ziel angetreten, das bestehende Immigrationssystem zu reformieren. Bereits 2003 hat Präsident Bush versucht, eine umfassende Revision anzustoßen. Der Entwurf konzentrierte sich auf ein Gastarbeiterprogramm, das die meisten der illegalen Einwanderer umfasst hätte. Dieser Entwurf ist ebenso wie alle nachfolgenden Initiativen im Zuge der öffentlichen Diskussion um die rechtliche Anerkennung illegaler Einwanderer und die Sicherheit der Landesgrenzen gescheitert. Die verschiedenen Gesetzesentwürfe waren sich im Kern sehr ähnlich, versuchten aber durch unterschiedliche Schwerpunktsetzung auf die öffentliche Kritik zu reagieren. Einige der Entwürfe passierten das Repräsentantenhaus, andere den Senat, die Zustimmung beider Häuser fand keine der Initiativen. Letztlich scheiterten die Gesetzesentwürfe vor allem an der fehlenden Unterstützung der Konservativen. Der zentrale Vorwurf der Reformgegner in der emotional geführten Debatte betraf die weitreichende Amnestie der illegalen Immigranten. Bemerkenswert ist dabei, dass auch überparteiliche Gesetzesentwürfe trotz der Unterstützung des Präsidenten nicht umgesetzt werden konnten.

So ist ein im Mai 2007 nach langen Verhandlungen zustande gekommener gemeinsamer Entwurf des demokratischen Senators Edward M. Kennedy und des republikanischen Senators Jon Kyl trotz der gemeinsamen Unterstützung von Präsident Bush, des Ministers für Heimatschutz und des Handelsministers gescheitert. Der Gesetzesentwurf umfasste – als eine Reaktion auf die Bedenken der Reformgegner – eine Verschärfung der Immigrationgesetze sowohl an den Grenzen als auch durch eine verpflichtende Überprüfung des Aufenthaltsstatus von Immigranten durch die Arbeitgeber, die Schaffung eines Gastarbeiterprogramms, eine Reduzierung der Möglichkeit des Familiennachzugs bei gleichzeitiger Beschleunigung der Verfahren und die Einführung eines Punktesystems für eine selektivere Auswahl von Immigranten. Zudem sollte den meisten illegal in den USA lebenden Einwanderern die Möglichkeit zur Legalisierung eröffnet werden. Auch eine weitere überparteiliche und im von Demokraten dominierten Senat im Frühjahr 2007 eingebrachte Gesetzesinitiative, die einen Schwerpunkt auf die nationale Sicherheit legte, traf auf den Widerstand der Konservativen. Im Sommer dieses Jahres scheiterte dieser Entwurf, nachdem die teilweise populistische Berichterstattung in den Medien und die Vorwürfe der generellen

Amnestie illegaler Einwanderung ihren Höhepunkt erreichten.

Neben den umfassenden Reformkonzepten waren auch verschiedene Gesetzesinitiativen erfolglos, mit denen versucht wurde, zumindest Lösungen für bestimmte Teilgruppen der Immigranten zu erreichen. Der AgJOBS Act, im Jahr 2007 eingebracht von einer Gruppe von Senatoren und Abgeordneten beider Parteien, konzentrierte sich auf illegale Arbeiter in der Landwirtschaft, die nach Angaben der Farmervereinigung 70 Prozent aller Arbeiter in diesem Sektor ausmachen. Mit diesem Gesetzesentwurf sollte den Arbeitern, die einen großen Anteil an der Versorgung der USA mit Nahrungsmitteln haben, ein legaler Aufenthalt ermöglicht, und die mit Gefahren verbundenen illegalen Grenzübertritte sollten vermieden werden. Der DREAM Act hingegen hatte zum Ziel, den Kindern illegaler Einwanderer, die in den USA ihren High-School-Abschluss gemacht haben, sich seit mindestens fünf Jahren in den USA aufhalten und bei der Einreise nicht älter als 16 Jahre alt waren, einen permanenten legalen Aufenthalt zu ermöglichen. Auch dieser Initiative wurde eine zu weitreichende Amnestie illegaler Einwanderer vorgeworfen, sie scheiterte im Oktober 2007. Diese Beispiele machen deutlich, dass in der derzeitigen politischen Lage und dem beginnenden Präsidentschaftswahlkampf selbst spezifische Lösungen für bestimmte Gruppen nicht mehr realisiert werden können. Aufgrund der Präsidentschaftswahl Ende 2008 ist nun nicht mehr vor 2009 mit Fortschritten auf diesem Gebiet zu rechnen.

Einzelne Staaten und lokale Regierungen versuchen daher mit eigenen Initiativen auf die derzeitigen Herausforderungen zu reagieren. Zudem versucht das Heimatschutzministerium, die Kontrolle illegaler Immigration zu verschärfen, indem es vermehrt auf die genaue Überprüfung der Sozialversicherungsnummern von Arbeitnehmern durch Arbeitgeber hinwirkt. Zusätzlich werden verstärkt Überprüfungen in Betrieben vorgenommen, bei denen die Beschäftigung illegaler Einwanderer vermutet wird. Allerdings hat ein Bundesrichter dem Heimatschutzministerium im Oktober die Versendung neuer Anordnungen zur Überprüfung des Sozialversicherungsstatus untersagt, da dies für viele Arbeitgeber einen deutlichen administrativen Mehraufwand bedeutet und die Gefahr birgt, dass auch legale Arbeitnehmer ihre Beschäftigung aufgrund von Fehlern in den Datenbeständen der Sozialversicherung verlieren. Auch die Gewerkschaften haben gegen diese Praxis protestiert, da sie zu Diskriminierung führe und auch legale Arbeitnehmer negativ betreffe.

Ungeachtet des Nichtzustandekommens einer umfassenden Reform haben die Anstrengungen,

die Grenzen stärker zu kontrollieren, um illegale Einwanderung zu verhindern, in den letzten Jahren zugenommen. Trotzdem gelingt es Vielen weiterhin, ohne legale Aufenthaltsgenehmigung ins Land zu kommen, allerdings ist das „Einreisen“ mit mehr Risiken verbunden. Dementsprechend hat die Anzahl der Todesfälle laut Berichten der Behörde für Zoll und Grenzsicherheit (US Customs and Border Protection) an der unwirtlichen südwestlichen Grenze zu Mexiko zugenommen; sie könnte in diesem Jahr ein Rekordniveau erreichen. Die verstärkte Kontrolle der Grenzen führt außerdem dazu, dass Millionen Illegaler nicht mehr die Möglichkeit haben, zwischenzeitlich das Land wieder zu verlassen, da die Wiedereinreise in die USA erschwert worden ist. Zudem eignen sich strengere Grenzkontrollen nicht dazu, die Zahl der Personen zu reduzieren, die nach Ablauf eines temporären Visums illegal im Land bleiben. Im Gegenteil steigt die Zahl illegaler Zuwanderer aus Mexiko, weil diese angesichts schwieriger Rückkehrbedingungen lieber ihre Familie in die USA nachziehen lassen.

## Fazit

Das Immigrationssystem der USA ist stark reformbedürftig. Die zentralen Probleme sind die große Zahl illegaler Einwanderer und der gleichzeitige Mangel an Visa für hoch qualifizierte Arbeitskräfte. Eine umfassende Reform ist insbesondere angesichts des künftig zunehmenden weltweiten Konkurrenzkampfes um gut ausgebildete Migranten dringend notwendig. Bisher konnten jedoch selbst überparteiliche und vom Präsidenten unterstützte Gesetzesinitiativen nicht umgesetzt werden. Die teilweise populistisch und emotional geführte öffentliche Debatte hat Ängste in der Bevölkerung geschürt.

Effektive Immigrationpolitik muss pragmatisch sein, humanitäre Rechte beachten und Lösungen auf nationaler Ebene ermöglichen. Vollkommene Assimilation der Immigranten ist dabei nicht notwendigerweise ein sinnvolles Ziel. Vielmehr scheint das Beibehalten der eigenen Ethnizität bei gleichzeitiger Integration in die Gesellschaft des Gastlandes

für den ökonomischen Erfolg eher förderlich zu sein. Zudem darf eine moderne Immigrationpolitik nicht die ökonomischen Beweggründe potentieller Immigranten ignorieren. Ein boomender Arbeitsmarkt und im Vergleich zum Heimatland hohe Löhne werden immer Arbeitskräfte anziehen, trotz drohender Sanktionen, umfangreicher Grenzzäune oder hoher Preise von Schmugglern.

Die aktuelle Situation in den USA verdeutlicht den Handlungsbedarf in Europa und Deutschland. Genau wie die USA profitiert Europa von der Immigration hoch qualifizierter Arbeitskräfte, und die steigende Nachfrage nach ihnen könnte auch hier kurzfristig durch verstärkte Zuwanderung gedeckt werden. Die Europäische Kommission will mit einer „Bluecard“ die Zuwanderung qualifizierter Arbeitskräfte erleichtern. Dies wäre ein wichtiger Schritt zu einer modernen Immigrationpolitik, und Deutschland sollte diese Initiative unterstützen. Es ist nicht davon auszugehen, dass der Fachkräftemangel in Deutschland durch eine Aktivierung der zum großen Teil gering qualifizierten Arbeitslosen beseitigt werden kann. Der Verzicht auf die Öffnung der Arbeitsmärkte für hoch qualifizierte Immigranten würde die wirtschaftliche Entwicklung hemmen und damit auch die Beschäftigungsaussichten niedrig qualifizierter Einheimischer verschlechtern.

Trotz vieler Unterschiede zwischen den USA und Europa stehen beide Regionen doch vor ähnlichen Herausforderungen und haben vergleichbare Ziele. Die große Mehrheit ihrer Einwanderer kommt aufgrund von Familienzusammenführungen ins Land, in beiden Regionen besteht eine große Nachfrage nach höher qualifizierten Immigranten, sowohl Europa als auch die USA haben das Ziel, mittels Immigranten ihren Wohlstand zu erhöhen und gleichzeitig die wirtschaftlichen und sozialen Kosten der Immigration gering zu halten. Sowohl die USA als auch Europa müssen erkennen, dass die beste Immigrationpolitik darin besteht, die Einwanderung gut ausgebildeter Fachkräfte, deren Qualifikationen stark nachgefragt werden, zu erleichtern. Diese Erkenntnis ist insbesondere für Europa, das vor besonderen demographischen Herausforderungen steht, von großer Bedeutung.

**JEL Classification:**  
J61, F22

**Keywords:**  
Migration,  
US Immigration Policy

Herausgeber und Redaktion wünschen  
den Leserinnen und Lesern des Wochenberichts  
ein frohes Weihnachtsfest  
und erfolgreiches neues Jahr 2008

Viktor Steiner

**Beschäftigungsförderung und Einkommenssicherung  
im Niedriglohnbereich: Wege und Irrwege**

Staatliche Instrumente zur Beschäftigungsförderung und Einkommenssicherung im Niedriglohnbereich durch „Kombilohn-Modelle“ existieren auch in Deutschland schon seit längerem und wurden im Zuge der jüngsten Arbeitsmarktreformen ausgeweitet. Diese haben das Ziel, durch eine einkommensabhängige Lohnsubvention geringe Erwerbseinkommen zu ergänzen und die finanziellen Anreize zur Aufnahme einer gering entlohten Tätigkeit zu verbessern. Eine spezielle Form dieser Lohnsubventionen ist die vollkommene oder teilweise Freistellung der Sozialbeiträge bei geringfügiger Beschäftigung („Mini Jobs“). Aktuelle Vorschläge aus Politik und Wissenschaft, die vom Kombilohn-Modell des Sachverständigenrats bis zur Einführung eines gesetzlichen Mindestlohns reichen, haben die weiterführende Reform des Niedriglohnbereichs in Deutschland zum Ziel. In diesem Beitrag werden die theoretisch zu erwartenden Arbeitsmarkteffekte von Lohnsubventionen im Niedriglohnbereich dargestellt, empirische Evaluationsergebnisse zu den Effekten der wichtigsten im Zuge der „Hartz-Gesetze“ umgesetzten Arbeitsmarktreformen präsentiert und aktuelle Reformvorschläge zur Förderung sozialversicherungspflichtiger Beschäftigung im Niedriglohnbereich bewertet.

**Discussion Paper No. 747**

November 2007

Ulf Rinne, Marc Schneider and Arne Uhlendorff

**Too Bad to Benefit?  
Effect Heterogeneity of Public Training Programs**

This study analyzes the treatment effects of public training programs for the unemployed in Germany. Based on propensity score matching methods we extend the picture that has been sketched in previous studies by estimating treatment effects of medium-term programs for different sub-groups with respect to vocational education and age. Our results indicate that program participation has a positive impact on employment probabilities for all sub-groups. Participants also seem to find more often higher paid jobs than non-participants. However, we find only little evidence for the presence of heterogeneous treatment effects, and the magnitude of the differences is quite small. Our results are thus – at least in part – conflicting with the strategy to increasingly provide training to individuals with better employment prospects.

**Discussion Paper No. 749**

December 2007

Die Volltextversionen der Diskussionspapiere liegen als PDF-Dateien vor und können von den entsprechenden Webseiten des DIW Berlin heruntergeladen werden (<http://www.diw.de/deutsch/produkte/publikationen/index.html>).

The full text versions of the Discussion Papers are available in PDF format and can be downloaded from the DIW Berlin website (<http://www.diw.de/english/produkte/publikationen/index.html>).

## Impressum

DIW Berlin  
Mohrenstraße 58  
10117 Berlin

Tel. +49-30-897 89-0  
Fax +49-30-897 89-200

## Herausgeber

Prof. Dr. Klaus F. Zimmermann (Präsident)  
Prof. Dr. Georg Meran (Vizepräsident)  
Prof. Dr. Tilman Brück  
Prof. Dr. Claudia Kemfert  
Prof. Dr. Viktor Steiner  
Prof. Dr. Alfred Steinherr  
Prof. Dr. Gert G. Wagner  
Prof. Dr. Christian Wey

## Redaktion

Kurt Geppert  
PD Dr. Elke Holst  
Manfred Schmidt

## Pressestelle

Renate Bogdanovic  
Tel. +49 – 30 – 89789–249  
presse@diw.de

## Vertrieb

DIW Berlin Leserservice  
Postfach 7477649  
Offenburg  
leserservice@diw.de  
Tel. 01805–19 88 88, 14 Cent./min.

Reklamationen können nur innerhalb von vier Wochen nach Erscheinen des Wochenberichts angenommen werden; danach wird der Heftpreis berechnet.

## Bezugspreis

Jahrgang Euro 180,–  
Einzelheft Euro 7,–  
(jeweils inkl. Mehrwertsteuer und Versandkosten)  
Abbestellungen von Abonnements spätestens 6 Wochen vor Jahresende

ISSN 0012-1304

Bestellung unter leserservice@diw.de

## Satz

eScriptum GmbH & Co KG, Berlin

## Druck

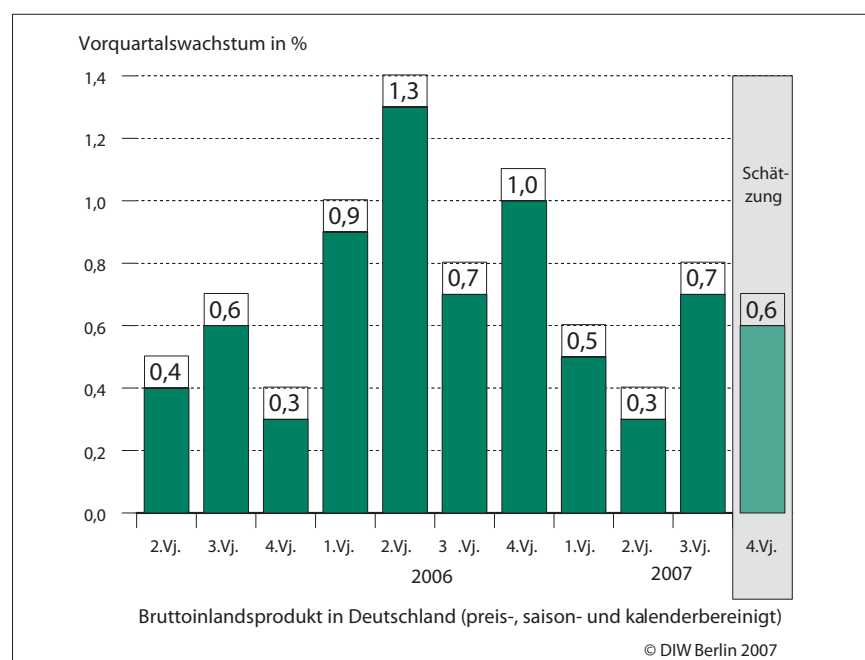
Walter Grützner GmbH & Co. KG, Berlin

Nachdruck und sonstige Verbreitung – auch auszugsweise – nur mit Quellenangabe und unter Zusendung eines Belegexemplars an die Stabsabteilung Information und Organisation des DIW Berlin (Kundenservice@diw.de) zulässig.

## DIW-Konjunkturbarometer: Das Jahr 2007 verabschiedet sich mit robustem Wachstum im Schlussquartal

Das DIW-Konjunkturbarometer signalisiert – wie schon im Vormonat – für das laufende Quartal einen Zuwachs der saison- und kalenderbereinigten Wirtschaftsleistung (gemessen am Bruttoinlandsprodukt) von 0,6 Prozent gegenüber dem Vorquartal (kalenderbereinigt 2,1 Prozent gegenüber dem Vorjahreszeitraum). Damit festigt sich die Einschätzung, dass sich die deutsche Konjunktur – ungeachtet der Turbulenzen auf einigen Finanzmarktsegmenten und eines etwas ungünstigeren außenwirtschaftlichen Umfeldes – mit einem starken vierten Quartal aus dem Jahr verabschiedet. Auf dieser Grundlage ergibt sich für das Gesamtjahr ein arbeitstäglich bereinigtes Wirtschaftswachstum von 2,7 Prozent (unbereinigt: 2,5 Prozent).

Unverändert zeigt sich die Industrieproduktion mit einer Expansionsrate von knapp 1,3 Prozent als mit Abstand stärkste Triebkraft des Wachstums in Deutschland, wobei die wichtigsten Impulse vor allem aus den investitionsgüterproduzierenden Bereichen kommen. Die Bauwirtschaft kann gegenüber der Novemberprognose noch etwas zulegen und kommt nunmehr auf ein Wachstum von 0,8 Prozent. Demgegenüber haben sich die Aussichten für den Bereich Handel, Gaststätten und Verkehr deutlich eingetrübt, der mit einem Zuwachs von 0,1 Prozent praktischen stagniert. Maßgeblich hierfür waren vor allem die zuletzt sehr schwachen Einzelhandelsumsätze (die realen Umsätze im Oktober waren – in saisonbereinigter Rechnung – die niedrigsten seit Dezember 2005). Die unternehmensnahen Dienstleister sowie der Sektor der öffentlichen und privaten Dienstleistungen entwickeln sich mit Zuwächsen von 0,5 Prozent beziehungsweise 0,3 Prozent gegenüber der Vormonatsprognose praktisch unverändert.





**DEUTSCHLAND**Ausgewählte saisonbereinigte Konjunkturindikatoren<sup>1</sup>

		Arbeitslose		Offene Stellen		Auftragseingang (Volumen) <sup>2</sup>													
						Verarbeitendes Gewerbe					Vorleistungsgüter- produzenten		Investitionsgüter- produzenten		Gebrauchsgüter- produzenten		Verbrauchsgüter- produzenten		
		Insgesamt		Inland		Ausland													
		in 1 000				2000 = 100													
		mtl.	vj.	mtl.	vj.	mtl.	vj.	mtl.	vj.	mtl.	vj.	mtl.	vj.	mtl.	vj.	mtl.	vj.	mtl.	vj.
2005	J	4 729		319		105,1		96,4		115,8		103,6		108,2		85,8		103,4	
	F	4 812	4 754	341	331	103,9	104,8	95,2	95,9	114,7	115,9	101,5	102,5	107,6	108,7	85,5	85,6	102,9	103,3
	M	4 843		368		105,5		96,1		117,2		102,3		110,1		85,5		103,7	
	A	4 817		389		104,1		96,0		114,2		101,3		108,2		87,2		102,1	
	M	4 840	4 832	401	393	104,8	105,9	95,5	97,0	116,5	117,1	102,6	102,7	108,9	110,6	84,3	86,9	102,7	103,4
	J	4 837		410		108,8		99,4		120,5		104,3		114,7		89,3		105,2	
	J	4 838		415		109,6		99,1		122,9		106,8		114,6		88,4		105,2	
	A	4 815	4 827	438	428	108,7	109,8	98,6	98,9	121,3	123,5	106,4	106,9	112,9	114,9	89,0	88,9	104,8	104,8
	S	4 821		453		111,2		99,1		126,2		107,5		117,1		89,5		104,4	
	O	4 811		460		112,7		99,9		128,6		108,8		118,9		89,4		106,4	
	N	4 792	4 797	461	460	114,8	113,6	101,4	100,4	131,7	130,1	110,2	110,0	122,3	119,7	90,8	90,6	105,2	105,8
	D	4 757		463		113,2		99,8		129,9		111,1		118,0		91,5		105,9	
2006	J	4 730		472		114,9		101,6		131,5		111,0		121,6		92,1		105,1	
	F	4 693	4 713	485	479	115,8	115,4	102,6	102,2	132,3	131,8	113,7	112,8	121,1	120,9	93,4	93,3	105,7	105,5
	M	4 675		499		115,4		102,4		131,5		113,6		120,2		94,5		105,8	
	A	4 644		517		118,4		103,9		136,6		116,6		123,8		94,5		106,6	
	M	4 568	4 604	538	528	117,8	117,5	105,2	104,2	133,5	134,1	116,0	116,6	122,9	122,0	95,9	94,5	106,8	106,6
	J	4 524		556		116,2		103,5		132,2		117,1		119,2		93,0		106,3	
	J	4 455		588		119,2		104,9		137,0		117,2		124,7		94,1		108,8	
	A	4 424	4 441	589	585	122,4	121,1	107,5	107,2	141,1	138,4	118,8	118,6	129,8	127,2	96,3	95,5	109,5	109,4
	S	4 367		601		121,5		109,1		137,1		119,8		127,1		96,2		110,0	
	O	4 299		621		121,2		108,0		137,7		120,6		125,6		98,2		110,3	
	N	4 226	4 261	635	627	121,8	122,5	108,5	108,9	138,5	139,6	121,3	121,5	126,0	127,3	97,3	97,6	112,6	111,8
	D	4 149		650		124,5		110,1		142,5		122,5		130,4		97,1		112,6	
2007	J	4 034		648		123,8		110,1		141,0		122,6		129,1		96,9		112,2	
	F	3 941	3 995	648	647	126,9	126,5	111,2	111,3	146,5	145,5	122,6	123,5	135,0	133,7	96,9	96,7	114,0	113,5
	M	3 867		641		128,8		112,6		148,9		125,1		136,9		96,2		114,3	
	A	3 841		633		127,4		112,1		146,5		123,3		135,3		96,0		116,5	
	M	3 844	3 840	625	630	130,2	130,6	112,4	112,8	152,5	153,0	125,4	125,0	139,0	140,2	98,3	97,9	117,2	117,0
	J	3 805		627		134,3		113,7		160,0		126,3		146,4		99,4		117,4	
	J	3 775		611		128,4		112,8		147,9		124,4		136,5		99,1		114,2	
	A	3 732	3 747	619	616	127,9	128,4	111,2	111,3	148,7	149,9	124,8	124,8	134,9	136,1	98,8	98,5	115,1	115,4
	S	3 663		612		129,1		109,8		153,2		125,3		136,9		97,6		116,9	
	O	3 633		603		133,5		113,4		158,7		126,0		145,7		96,4		116,0	
	N	3 596		598															
	D																		

<sup>1</sup> Saisonbereinigt nach dem Berliner Verfahren (BV4). Dieses Verfahren hat die Eigenschaft, dass sich beim Hinzufügen eines neuen Wertes davorliegende saisonbereinigte Werte in der Zeitreihe auch dann ändern können, wenn deren Ursprungswert unverändert geblieben ist. Die Vierteljahreswerte wurden aus den saisonbereinigten Monatswerten errechnet.

<sup>2</sup> Außerdem arbeitstäglich bereinigt.

**DEUTSCHLAND**noch: Ausgewählte saisonbereinigte Konjunkturindikatoren<sup>1</sup>

		Beschäftigte im Bergbau und im Verarbeitenden Gewerbe <sup>3</sup>		Produktion <sup>2</sup>										Umsätze des Einzelhandels		Außenhandel (Spezialhandel) <sup>2</sup>			
				Verarbeitendes Gewerbe		Investitionsgüter- produzenten		Gebrauchsgüter- produzenten		Verbrauchsgüter- produzenten		Bauhaupt- gewerbe				Ausfuhr		Einfuhr	
		in 1 000		2000 = 100										2003 = 100		Mrd. Euro			
		mtl.	vj.	mtl.	vj.	mtl.	vj.	mtl.	vj.	mtl.	vj.	mtl.	vj.	mtl.	vj.	mtl.	vj.	mtl.	vj.
2005	J	6 051		104,6		108,3		86,4		99,3		79,6		101,8		63,0		49,7	
	F	6 030	6 013	103,8	104,3	107,5	108,2	87,0	86,6	99,4	99,7	73,9	75,7	102,8	102,5	61,8	188,3	48,4	147,9
	M	6 010		104,6		108,8		86,3		100,4		73,4		102,9		63,5		49,8	
	A	5 989		104,9		110,5		88,0		98,4		76,0		103,7		61,7		49,3	
	M	5 968	5 977	103,6	104,9	107,1	109,8	83,5	87,3	99,5	99,3	74,4	75,6	103,1	103,7	64,2	190,9	51,8	151,9
	J	5 940		106,2		111,8		90,4		100,1		76,5		104,4		65,1		50,8	
	J	5 910		106,6		111,5		86,9		101,4		75,6		103,4		65,6		52,2	
	A	5 884	5 897	106,3	107,0	110,8	111,8	88,1	87,8	101,0	101,5	76,6	76,1	105,1	104,6	67,2	199,6	53,5	158,8
	S	5 856		107,9		113,2		88,4		102,2		76,2		105,3		66,8		53,1	
	O	5 822		108,7		113,3		89,2		103,8		76,4		104,6		66,9		55,0	
	N	5 788	5 804	108,7	108,8	114,0	113,9	89,5	89,2	101,8	102,3	75,5	75,9	105,2	104,8	66,8	202,2	54,7	166,3
	D	5 747		108,9		114,4		89,0		101,4		75,8		104,7		68,6		56,6	
2006	J	5 368		109,1		114,5		91,0		101,5		73,2		109,8		69,5		57,6	
	F	5 336	5 411	110,1	109,9	115,9	115,5	90,4	91,0	101,8	101,3	75,5	74,9	109,4	109,5	71,5	211,8	58,7	175,6
	M	5 310		110,3		116,1		91,8		100,8		75,9		109,1		70,9		59,3	
	A	5 283		111,6		116,0		92,3		103,2		79,6		109,1		73,3		61,0	
	M	5 255	5 269	112,7	112,4	119,0	117,5	95,4	93,2	101,8	102,7	82,1	80,9	112,5	110,7	71,5	218,2	59,4	182,0
	J	5 231		112,8		117,5		91,8		103,1		81,0		110,3		73,3		61,6	
	J	5 206		113,4		118,7		94,3		102,9		82,0		110,7		74,4		61,9	
	A	5 183	5 196	114,8	114,3	120,4	119,9	95,4	95,0	103,0	102,7	82,5	82,3	111,6	111,2	74,0	225,7	60,9	186,3
	S	5 168		114,6		120,5		95,5		102,4		82,5		111,1		77,3		63,5	
	O	5 134		115,0		120,6		95,0		102,0		82,3		111,4		78,8		63,1	
	N	5 108	5 121	117,0	116,8	123,7	123,1	96,6	96,6	103,6	103,8	85,0	84,3	112,1	112,4	79,6	238,2	63,5	191,3
	D	5 072		118,5		124,9		98,3		105,7		85,7		113,8		79,7		64,7	
2007	J	5 399		117,9		124,3		95,5		104,3		87,9		108,1		78,4		62,8	
	F	5 378	5 332	118,9	118,9	125,3	125,2	96,9	96,0	104,6	105,1	88,5	88,4	108,9	109,3	79,2	237,6	64,7	191,4
	M	5 365		119,9		125,9		95,7		106,3		88,7		110,8		80,1		63,9	
	A	5 346		119,0		125,9		93,4		105,6		80,6		110,0		80,3		63,9	
	M	5 327	5 337	120,1	119,8	126,8	126,8	94,7	94,5	106,5	105,5	78,9	79,5	107,6	109,3	81,4	243,6	63,8	192,8
	J	5 312		120,3		127,8		95,3		104,5		79,1		110,3		81,9		65,1	
	J	5 305		120,9		129,3		95,3		104,1		80,5		110,3		81,1		63,7	
	A	5 295	5 301	121,2	121,6	129,3	129,6	96,6	95,8	106,0	105,9	80,5	80,3	110,5	110,2	82,3	245,4	65,9	194,6
	S	5 292		122,6		130,3		95,5		107,5		80,0		109,8		82,1		65,0	
	O			123,5		133,8		96,4		106,4		82,3		111,7		81,1		64,6	
	N																		
	D																		

<sup>1</sup> Saisonbereinigt nach dem Berliner Verfahren (BV4). Dieses Verfahren hat die Eigenschaft, dass sich beim Hinzufügen eines neuen Wertes davorliegende saisonbereinigte Werte in der Zeitreihe auch dann ändern können, wenn deren Ursprungswert unverändert geblieben ist. Die Vierteljahreswerte wurden aus den saisonbereinigten Monatswerten errechnet.

<sup>2</sup> Außerdem arbeitstäglich bereinigt.

<sup>3</sup> Ab 2006 geänderter Berichtskreis.